

Haushaltsrede 2023

Dr. Carola Merk-Rudolph

Fraktionsvorsitzende



**Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bläse,
liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,**

für die SPD-Fraktion steht dieses Jahr eine Aufgabe im Mittelpunkt: Wie bringen wir die Menschen in unserem Ostalbkreis sicher und warm durch diesen Winter und wie durch das kommende Jahr? Nach zwei Jahren Corona hofften wir alle, die schlimme Zeit überstanden zu haben. Wie wir uns geirrt haben. Jetzt haben der Ukraine-Krieg, die Energiekrise und eine Inflation über 10 % unsere Gesellschaft und die politische Lage total verändert. Die Menschen und die Wirtschaft stehen vor großen Herausforderungen. Wir verstehen die Bürger*innen, die in der jetzigen Situation Angst haben, sich Sorgen machen, die wütend sind. Wir müssen gut überlegen, was wir tun können, tun müssen, um gemeinsam den Ostalbkreis gut durch diese multiplen Krisen zu führen.

Gleichzeitig, und das dürfen wir darüber nicht vergessen, müssen wir dafür sorgen, dass unser Kreis und seine Kommunen auch in den kommenden Jahren zukunftsfähig, krisenfest und finanziell leistungsfähig aufgestellt ist. Wir befinden uns im Spagat zwischen Krisenmanagement und finanzieller Leistungsfähigkeit. Die Frage wird sein, wie wir dies zukünftig meistern. Die Pflichtaufgaben müssen gewährleistet sein, möglichst viele Freiwilligkeitsaufgaben sollen erfüllt, die Nachhaltigkeitsziele erreicht werden, die Wirtschaft und der Kreis in die Zukunft geführt werden. Hinzu kommen stetig wachsende Aufgaben und Anforderungen von Bund und Land und dies bei einer rückläufigen finanziellen Ausstattung, nicht zu vergessen die enorm gestiegenen Energiekosten. Diese zahlreichen Aufgaben stehen zur Lösung an. Dabei werden wir darauf achten, dass wir die unterschiedlichen Interessen und Belange aller Bürger*innen im Blick haben

Soziale Not und wirtschaftliche Stabilität

Wir können stolz darauf sein, welch starkes soziales Netz wir in unserem Ostalbkreis haben. Gerade nach Corona und im Hinblick auf die enorm gestiegenen Energie- und Lebensunterhaltskosten müssen wir darauf achten, dass dieses soziale System weiterhin leistungsfähig ausgestaltet bleibt und vor allem bedürftige Menschen im Blickpunkt hat. Die SPD-Fraktion unterstützt alle Maßnahmen, welche die Energiekosten senken und Energie einsparen und die Bürger*innen mit Zuschüssen in die Lage versetzen, höhere Kosten für Energie und Lebensmittel zu bezahlen. Die Einführung eines Gaspreisdeckels, Einmalzahlungen, passgenaue Unterstützungen von Bedürftigen sowie Entlastungspakete und die Ausweitung der Wohngeldberechtigung gehören zu diesen Maßnahmen.

Alles dies muss die Menschen schnell erreichen. Und das sind mehr Menschen als bisher, selbst Einkommensgruppen, die bisher keine Unterstützung nötig hatten. Auch wer heute in gesicherten Verhältnissen lebt, macht sich Sorgen, wie man bei den jetzigen Energie- und Lebensmittelpreisen seine Familie, seine Kredite fürs Haus, eine

Ratenzahlung, die man in Anspruch genommen hat, sicher durch den Winter bringt. Mehr Menschen werden Hilfen brauchen und auf den Landkreis und die Verwaltung werden Mehrarbeit zukommen. Gerne sind wir bereit die Kreisverwaltung und die Mitarbeiter*innen des Landkreises, wo immer nötig, bei diesen zusätzlichen Aufgaben zu unterstützen.

Die SPD-Fraktion begrüßt ebenfalls den Vorschlag eines Solidaritätsschutzschirms „Gemeinsam durch den Winter“. Einrichtungen wie die Tafelläden, kirchliche und andere religiöse, diakonische und caritative Einrichtungen, die Schuldnerberatung, das Jobcenter, Nothilfeprojekte und ehrenamtliche Helfer*innen überlegen, wie man bedürftigen Menschen durch den Winter helfen kann. Gerne bietet unsere Fraktion auch bei diesem Projekt ihre Unterstützung an. In diesem Zusammenhang stellen wir den Antrag, dass der Kreis dafür einen Grundstock in Höhe von ca. 20 000 € zur Verfügung stellt.

Aber auch die Wirtschaft bedarf unserer Aufmerksamkeit. Das Handwerk und kleine und mittlere Unternehmen leiden unter Inflation und Energiekrise. Bei manchen energieintensiven Betrieben kann die Existenz auf dem Spiel stehen. Es geht um die Wirtschaftskraft des Ostalbkreises und um die Arbeitsplätze jetzt und in den nächsten Jahren. Unser Landkreis muss wirtschaftlich leistungs- und zukunftsfähig bleiben. Hier muss die enge Zusammenarbeit zwischen Landkreis, einer Wirtschaftsförderung mit der IHK sowie den Unternehmen, unter Einbindung des Landes, wie sie schon zu Corona-Zeiten eingerichtet wurde, reaktiviert und intensiviert werden.

Doch all diese Anstrengungen dürfen nicht dazu führen, dass wir denjenigen weniger Aufmerksamkeit schenken, die schon jetzt unsere Aufmerksamkeit, unsere Zuwendung und unserer Unterstützung benötigen. Es gilt weiterhin Menschen in Notlagen und mit Handicaps eine Perspektive für die Zukunft zu geben. Der klassische Sozialetat nimmt auch wieder im Haushalt 2023 mit 322 Millionen EURO den größten Teilumfang ein. Der höchste Anteil fällt dabei auf die Eingliederungshilfe. Es sind zum großen Teil Pflichtaufgaben, die ganz vielen Menschen helfen. Wir stehen zu diesen Ausgaben.

Klima-, Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Über 13 Tage haben ca. 30.000 Teilnehmer*innen aus fast 200 Staaten in Sharm El-Sheikh bei der UN-Klimakonferenz beraten, wie die Erderwärmung auf ein noch erträgliches Maß eingedämmt werden kann. Leider wurde bei dieser Konferenz hauptsächlich „heiße Luft“ produziert! Die Wissenschaft warnt die Politik schon seit Jahrzehnten, dass zu viele Treibhausgase in der Luft dafür sorgen, dass sich die Erde immer weiter aufheizt und teilweise unbewohnbar werden könnte. Auch gibt es je nach Region häufiger Stürme, Dürren und Überschwemmungen mit vielen Millionen Opfern. Wenn wir den Kampf gegen den Klimawandel noch gewinnen wollen, dürfen Netto-Null-Verpflichtungen nicht nur eine PR-Übung sein und vor allem darf es keine Toleranz für Greenwashing geben. Durch eine Einführung von CO2-Schattenpreisen,

ebenfalls in den Verwaltungen, könnten die ökologischen Folgekosten schon heute besser berücksichtigt werden.

Wir begrüßen den Vorschlag unseres Landrats einen großen Windpark gemeinsam mit interessierten Städten und Gemeinden und unseren Energieversorgern zu bauen und hier auch eine Bürgerbeteiligung anzubieten. Es gilt die erneuerbaren Energien (Wind, Wasser, Sonne) vermehrt auszubauen und klimaschonendes, soziales Bauen zu fördern, sowie insgesamt den Material-, Energie- und Flächenverbrauch zu senken. Dabei ist ebenfalls der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf allen kreiseigenen Dächern und, wo es möglich ist, auch an Fassaden und Parkplätzen zu forcieren. **Auch die Förderung durch ein Landesprogramm für PV-Anlagen auf Balkonen, welches Privathaushalte bei der Anschaffung steckerfertiger Photovoltaikanlagen unterstützt, muss dringend beschleunigt werden.** Gefördert werden sollten insbesondere Nebenkosten der Installation, wie neue Zähler oder Einspeisesteckdosen.

Die SPD-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zum 1,5-Grad-Ziel und möchte erreichen, dass das CO₂-Budget von 350-400 Mio. Tonnen in BW erreicht wird. Deshalb beantragen wir zu prüfen, ob eine Anlage, in der aus Klärschlamm Treibstoff gewonnen wird und aus Wasserstoff/CO₂ eine Separation aus Abgasen und eine Umwandlung in Kraftstoff erfolgt, zukunftsweisend und zweckvoll ist. Auch die Landkreise Heidenheim, Göppingen und Schwäbisch Hall sind auf der Suche nach einer Klärschlamm Entsorgung. Vielleicht wäre ein kreisübergreifendes Projekt möglich? Das Fraunhofer Institut könnte dabei zur Seite stehen, sie haben eine solche Klärschlammaufbereitungsanlage entwickelt und die Bayernoil GmbH betreibt diese seit einiger Zeit sehr erfolgreich.

Unsere zweite Anregung betrifft ein Upcycling-Projekt, welches seit einiger Zeit bei uns durch die GOA erfolgreich betrieben wird, aber viel zu wenig bekannt ist. Hier werden Reste von Speisefetten in privaten Haushalten und Betrieben gesammelt und zu nachhaltigem Kraftstoff weiterverarbeitet. Der Kraftstoff aus den Speisefett-Resten wird mit einer über 90 Prozent besseren CO₂-Bilanz als herkömmlicher Diesel hergestellt. Aus einer Flasche Altspeisefett oder -öl lässt sich Biokraftstoff für etwa 20 Kilometer Fahrt mit dem Auto gewinnen. Fettreste sind kein Müll, sondern Wertstoffe und darüber hinaus wird das öffentliche Kanalsystem geschont. Dieses Konzept verdient es, dass man es viel mehr ins Rampenlicht rückt.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld, um zukünftig energieunabhängiger agieren zu können, ist das Thema Wasserstoff. Dies ist der Energieträger der Zukunft, er kann jedoch nur mit der nötigen Infrastruktur gelingen. Dafür müssen wir die Leitungsnetze ausbauen und die Förderung von intelligenten Netzen und Speichertechnologien erhöhen und wir brauchen schnell einen Anschluss an die überregionale Wasserstoffinfrastruktur. Zu begrüßen ist das Wasserstoffkonzept HyExperts mit dem Projekt H₂-ASPEN in Schwäbisch Gmünd sowie „Hy-Five e.V.“, um unsere Region in der Erzeugung von grünem Wasserstoff erfolgreich aufzustellen.

Die drei Ds (Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie)

Der Ostalbkreis ist ein anerkannter Wirtschaftsstandort mit guten Betrieben, Dienstleistungen, produzierender Industrie und einem großen Potenzial an Innovation. Jetzt gilt es in den Umbau von innovativen, nachhaltigen und klimaneutralen Beschäftigungsverhältnissen und Produktionsprozessen in allen Branchen zu investieren. Für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Kreises sind engagierte Unternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen verantwortlich, die jetzt auch den Wandel in der Arbeitswelt tragen und gestalten. Besonders unsere Automobilzulieferer und der fahrzeugnahe Maschinenbau befinden sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess. Dies führt einerseits zu einer Verringerung der Arbeitsplätze, jedoch ergeben sich ebenfalls Potentiale und Chancen, die es zu nutzen gilt. Neue Arbeitsplätze werden entstehen, besonders auch durch die Digitalisierung und durch neue Energieformen. Deshalb werden die Ausbildung und eine gezielte und umfassende Weiter-Qualifizierung, speziell auch im IT- und Energiebereich, noch wichtiger werden. Arbeitnehmer*innen dürfen nicht erst weitergebildet werden, wenn sie ihren Arbeitsplatz verloren haben. Wir müssen den Wandel aktiv gestalten und dabei stets den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Aber auch die Infrastruktur muss stimmen. Wir sind ein Landkreis, dessen Unternehmer*innen und Mitarbeiter*innen nicht nur in den großen Kreisstädten zuhause sind, sondern ebenfalls in kleineren, mittleren und ländlichen Gemeinden. Daher ist der Ausbau des kommunalen Breitbandnetzes, welches die Lücken beim Zugang zum schnellen Internet schließen soll, äußerst wichtig. Wir haben dies beschlossen unter der Maßgabe, dass der Bund es mitfinanziert. Jetzt wurde dieses Programm vom Bund „geschlossen“, was gar nicht geht. Daher möchten wir Sie, Herr Landrat, bitten, sich mit dem Landkreistag zusammen für eine „Wiederöffnung“ des Bundesprogramms einzusetzen.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf unsere Gesellschaft und die Arbeitswelt sind erheblich. Die Zahl der Erwerbspersonen, die vor dem Übergang in den Ruhestand stehen, erhöht sich stetig, während die Zahl der nachrückenden Jüngeren, infolge des Geburtenrückgangs, kleiner wird. Die Auswirkungen des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels sind mittlerweile für viele Menschen spürbar. Diese Entwicklung wird sich insbesondere bei uns im Land, das vom Fachkräftemangel besonders betroffen ist, weiter verschärfen. In den nächsten Jahren gehen die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand, gleichzeitig kommen nicht genügend ausgebildete Fachkräfte auf den Arbeitsmarkt. Deshalb gehen Prognosen davon aus, dass im Jahr 2035 rund 863.000 Fachkräfte in Baden-Württemberg fehlen.

Daher ist es offensichtlich, dass wir Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigen, um die Nachfrage nach Arbeitskräften überhaupt abdecken zu können. Wir benötigen eine durchdachte Zuwanderung, ein Landesprogramm zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte, ein zügiges, transparentes Verfahren zur Anerkennung ausländischer

Abschlüsse, die Stärkung der Ausbildung mit einer Ausbildungsplatzgarantie sowie die Abschaffung von internationalen Studiengebühren.

Mit der EATA hat man in Ellwangen den richtigen Weg eingeschlagen, um ausländische Fachkräfte zu gewinnen, die wir dringend brauchen. Diese gilt es noch bekannter zu machen, sie stärker zu vernetzen. Ferner regen wir die Schaffung einer zentralen Recruiting-Stelle an, die gemeinsam mit dem Kreis, der IHK und dem Handwerk die Wettbewerbsfähigkeit durch Zuwanderung ausbauen könnte.

Bildung

Bildung ist unser einziger Rohstoff, den wir selbst schöpfen können. Daher müssen wir allen Kindern und Jugendlichen gleiche und hochwertige Bildungschancen bieten. Die Ungleichheit in der Bildung hat sich durch Corona weiter verschärft. Im Ostalbkreis besteht Konsens darüber, dass die Modernisierung, Sanierung und eine gute, zukunftsgerichtete Ausstattung der vom Kreis getragenen Schulen hohe Priorität genießt, um den Schüler*innen zukunftsorientierte Bildungschancen zu ermöglichen. Unsere Schulen und Hochschulen bilden aus, lehren und forschen auf einem sehr hohen, breit aufgestellten und zukunftsfähigen Niveau und um unsere duale Ausbildung werden wir sehr beneidet. Anregen möchten wir, das Angebot an unseren weiterführenden Berufsgymnasien durch ein internationales Profil zu verstärken. Gemeinsam mit den Schulleitungen sollten Möglichkeiten eines Konzeptes für eine internationale Ausrichtung erarbeitet werden. So könnten Schüler*innen neben dem deutschen Abitur auch das internationale Abitur machen. Eine internationale Bildungsstruktur wäre ein großer Standortvorteil.

Zu den absoluten Stärken unseres Kreises gehören unsere drei Hochschuleinrichtungen. Diese in ihrer Entwicklung optimal zu fördern und zu vernetzen war und ist schon immer gut investierte Politik für unsere Zukunftssicherung, gut für die wirtschaftliche Prosperität und gut für die Innovationsfähigkeit unserer Raumschaft. Gerne werden wir die kooperativen und innovativen Gedanken und Arbeitsweisen begleiten und unterstützen.

Mobilität

Wir brauchen neue Mobilitätsformen, um uns klimaschonender, nachhaltiger, sozial gerechter und wirtschaftlicher aufzustellen. Diese klimaschonenden Verkehrskonzepte gilt es ausbauen und zu vernetzen mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 % zu senken und uns muss bewusst sein, dass Mobilität immer Teilhabe bedeutet. Menschen und Unternehmen sind auf leistungsfähige Verkehrswege angewiesen, die attraktive Mobilitätsangebote ermöglichen. Die Stärkung der Schiene bildet das Rückgrat im Rahmen unserer Mobilitätswende. Nicht nur die Fahrgastzahlen müssen erheblich steigen, um die Zahl der Autos auf den Straßen zu verringern, sollte, wo immer möglich, Schienenausbau vor Straßenausbau erfolgen. Es gilt mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen und vor allem den Ausbau der Rems- und

Oberen Jagstbahn sowie der Brenzbahn zu forcieren. Zielrichtung muss überall mindestens der Einstundentakt sein.

Ein guter ÖPNV/SPNV hat für uns fünf Eigenschaften: Bezahlbarkeit, Verlässlichkeit, Barrierefreiheit, enge Taktung und einfache Anbindung an den Individualverkehr, er muss attraktiver, verlässlicher und bezahlbarer sein, als die Nutzung von Pkws. Wir brauchen bessere VerkehrsApps, die neben Bus- und Bahnrouen ebenfalls Car-, Bike- und Ride-Sharing anzeigen und kombinieren. Dazu müssen wir ebenfalls dringend das Land auffordern, die angekündigte Qualitätserweiterung des ÖPNVs mit viel mehr Geldern zu finanzieren. Sehr erfreut sind wir über die Einführung des Schüler- und Jugend-Tickets für 365 €, welches wir übrigens in der letzten Haushaltsrede gefordert haben. Jetzt fehlt noch das Seniorenticket für 365 Euro. Erfreulich ist auch die angedachte Einführung eines 49 Euro-Tickets, allerdings wäre uns die Fortführung des 9 Euro-Tickets lieber gewesen.

Durch den Ausbau von sicheren Radwegenetzen müssen vermehrt Fahrräder, E-Bikes und Pedelecs im Ostalbkreis alltägliche Verkehrsmittel werden. Ein flächendeckender Ausbau der Ladeinfrastruktur der E-Mobilität für Autos und Fahrräder ist dringend nötig und natürlich ebenfalls eine Vereinheitlichung der Zahlweise bei den Stromsäulen.

Im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur wird es 2023 darum gehen, die Verkehrsinfrastruktur im Bereich der B 29 weiter voranzubringen und umweltschonende und ortslagennahe Umfahrungen, wo sinnvoll und nötig, weiter zu planen. Ebenso gilt es eine rasche Genehmigung der Anpassung des Knotenpunktes Oberkochen Süd zu erlangen sowie die Ortsumfahrungen Neresheim und Ohmenheim in den Bundesverkehrswegeplan zu bringen.

Ein neues Sozial-Landratsamt

Seit 6 Jahren diskutiert der Bauausschuss und der Kreistag über die Notwendigkeit eines zweiten Landratsamtes. Inzwischen ist die Finanzierung auf 106 Millionen angewachsen. Die SPD-Fraktion steht zur Realisierung eines zweiten Verwaltungsstandorts auf dem Union-Areal und bittet darum, dieses Vorhaben möglichst schnell in Angriff zu nehmen. Dabei sollten wir die Möglichkeit einer kreditfinanzierten Lösung nicht aus den Augen verlieren.

Neukonzeption der Kliniken

Nachdem der Kreistag einstimmig vor wenigen Wochen beschlossen hatte, dass es zukünftig zwei Kliniken im Ostalbkreis geben wird, waren doch viele Kreisrät*innen überrascht angesichts der Ignorierung dieses Beschlusses und dem neuen Vorschlag des Landrats zur Neustrukturierung unserer Kliniken. Inwieweit sein jetziger Entwurf tatsächlich der beste und zukunftsführende Lösungsweg für unseren Ostalbkreis darstellt, muss sicher in den nächsten Wochen ausführlich diskutiert werden. Wichtig ist,

dass wir in absehbarer Zeit eine Entscheidung treffen, nicht nur, weil diese „Hängepartie“ nicht eben Vertrauen in unsere Kliniken fördert, sondern es werden dringende Investitionsvorhaben und Sanierungen im Bestand unserer Häuser verschoben und nicht getätigt. Ich sage hier nur das Wort „Fruchtliegen“. Und trotzdem darf eine so wichtige Entscheidung nicht vorschnell getroffen werden, und es gilt ebenfalls die Bürger*innen mitzunehmen, denn viele Fragen sind noch offen.

Das Land Baden-Württemberg verfügt über keine umfassende, nachvollziehbare und an objektiven Kriterien messbare Krankenhausplanung und genauso mangelt es an einer ausreichenden und transparenten Finanzierung notwendiger Investitionskosten.

Der Krankenhausplan für BW wird vom Sozialministerium in enger Zusammenarbeit mit dem Landeskrankenhauseusschuss erstellt – dies geschah zuletzt im Jahr 2010! Aktuell gibt es in unserem Land keine umfassende und transparente Krankenhausplanung. Der inhaltliche Teil des bisherigen Krankenhausplans befasst sich nur mit rudimentären und ungenügenden Ansätzen bzw. Planungskriterien. Daher brauchen wir dringend eine Fortschreibung und Aktualisierung des Planes nach 12 Jahren.

Gesundheitscampus und Gesundheitszentrum, zwei Begriffe für Gesundheitsimmobilien, die weder im SGB V noch in einer Krankenhausplanung des Landes auftreten und deshalb auch nicht definiert sind. Sie sollen alternative medizinische Versorgungsstrukturen aufbauen und die Frage einer Grundversorgung bei Schließung einer Klinik klären. Aber wie gesagt, die Auslegungen sind absolut fließend, jeder und jede hat ein anderes Bild vor Augen. In Teilraumkonferenzen soll dies jetzt ausgelotet und präzisiert werden. Wir fragen, wer sind die Teilnehmer*innen dieser Konferenzen? Ist ein Gesundheitszentrum ein MVZ? Bedeutet ein Gesundheitscampus eine Ansiedlung von Fachärzten oder dient dieser eher dem Zweck, die Qualifikationen in den Gesundheitsberufen neu zu denken? Bleiben diese Immobilien in kommunaler Hand, woher kommen die Arztsitze dort? Finden wir genügend medizinisches und pflegerisches Personal? Lassen sich mit diesen Gesundheitsimmobilien die finanziellen Defizite wirklich beträchtlich reduzieren? Besonders diese Aspekte und Fragen müssen für uns geklärt sein, bevor wir uns am 6. Dezember zu einer Klausursitzung des Verwaltungsrats der Kliniken Ostalb treffen.

Der Gesundheitscampus in Bad Säckingen hat gezeigt, was nicht geschehen darf. Dieser wurde anstelle des ehemaligen Spitals als sektorenübergreifenden Campus Ende 2017 beschlossen. Damit sollte die lokale Gesundheitsversorgung gestärkt und eine verlässliche Anlaufstelle für die Bürger*innen entstehen. Aktuell steht die Baustelle still, Zahlungsunfähigkeit und Konkurs drohen.

Gesundheit ist unser höchstes Gut und unsere Aufgabe ist es daher, eine optimale Gesundheitsversorgung für unsere Bürger*innen flächendeckend sicherzustellen. Die Idee, dass ansässigen Partner aus der Medizin-, Gesundheits- und Pflegebranche

stärker zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung weiter zu verbessern, ist daher sicher richtig und notwendig.

Aber die SPD-Fraktion ist gleichzeitig der Meinung, dass nur ein Regionalklinikum für unseren Flächenlandkreis zu wenig ist. Ein dezentrales Konzept würde dagegen bedeuten, dass wir zukünftig zwei starke Klinikstandorte in Aalen und Mutlangen beibehalten werden. Beide bieten eine hochwertige Notfallversorgung und viele verschiedenen Schwerpunkte an. Doppelstrukturen müssen, wo immer möglich, vermieden werden. Wir haben einen Versorgungsauftrag für unsere Bevölkerung im ganzen Kreis, dem wir mit diesem Konzept viel besser und effizienter gerecht werden können, als mit dem Neubau eines Regionalklinikums und verschiedenen Gesundheitsimmobilien. Darüber hinaus können wir damit verhindern, dass Patient*innen abwandern und wir können zusätzlich Patientenpotentiale requirieren.

Ellwangen sollte ein Zentrum für eine Grundversorgung, eine ambulante Gesundheitsversorgung und ein Schwerpunkt bei der „sprechenden Medizin“ und der Pflege und der Ausbildung sein.

Wir müssen unser Ziel einer flächendeckenden wirklich guten Versorgung und einer schnellen Erreichbarkeit immer vor Augen haben. Daher müssen wir vor dem Bau eines Regionalklinikums die „vermeintlichen Vorteile“ im Hinblick auf diese Zielsetzung zunächst genau hinterfragen. Das Gesundheitsministerium arbeitet im Moment an einer neuen Gesundheitsreform, welche die Krankenhäuser entlasten soll. Welche Gesetze und Änderungen werden wir haben, wenn der Bau fertig ist, vielleicht werden dann dezentrale Strukturen gefördert. Die Trennung „stationär vs. ambulant“ ist heute schon ein Anachronismus. Mit einem guten digitalen Konzept lassen sich dezentrale Strukturen effizient vernetzen, so muss nicht mehr unter einem Dach gearbeitet werden. Ein Regionalklinikum muss in dezentrale Strukturen (vor- und nachstationär, z.B. Entlassmanagement) eingebunden werden, auch diese sind bereits jetzt in Gmünd und Aalen vorhanden.

Und die Kernfragen betreffen sicher das Personal und die Finanzen:

Findet man für ein Regionalklinikum auch genügend Personal? Sind alle beim ärztlichen und pflegerischen Personal in Schwäbisch Gmünd und Ellwangen wirklich bereit einen Job in der Nähe von Aalen anzunehmen? Und woher kommt das Personal speziell auch für die Gesundheitscampi und -zentren?

Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass nur mit einem sehr teuren Neubau eines Regionalklinikums, wir rechnen mit ca. eine Milliarde € bei Fertigstellung, sowie zusätzlich weiteren Kosten für die angedachten Gesundheitsimmobilien, sich die drängenden aktuellen und zukünftigen Herausforderungen nicht lösen lassen. Wissen sollte man auch, dass außer dem Ostalbkreis insgesamt 11 weitere Landkreise in BW Großprojekte im Krankenhausbereich angemeldet haben. Das Jahreskrankenhausbauprogramm 2021 hatte jedoch nur ein Volumen von 248 Mio. Euro. Die Pauschalförderung

für alle Krankenhäuser im Krankenhausplan betrug etwa 160 Mio. Euro. Einschließlich der Kofinanzierung des Landes für Bundesfonds betrugen die Landesmittel für Krankenhausfinanzierung etwa 450 Mio. Euro. Man sieht, am Gelde hängt, zum Gelde drängt...

Meine Fraktion kann bis jetzt daher nicht erkennen, wie durch den neuen Vorschlag des Landrats Dr. Bläse unsere dringendsten Probleme des Personalmangels und der hohen finanziellen Defizite gelöst werden könnten.

Flüchtlingssituation

Der Krieg in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, dass Frieden in Europa nicht selbstverständlich ist. Viele Menschen fliehen vor dem Krieg in der Ukraine; viele aber auch vor anderen Konflikten auf der Welt oder vor Natur- und Hungerkatastrophen. Bund, Länder, Kreise und Kommunen sind gemeinsam in der Verantwortung diesen Menschen zu helfen. Es ist ein großer Kraftakt, den wir alle gemeinsam stemmen müssen. Der Ostalbkreis hat in der Vergangenheit geholfen, geflüchteten Menschen aus aller Welt eine Unterbringung zu geben, in vielen Fällen sogar eine neue Heimat und einen Beruf. Wir werden auch in Zukunft alles daran setzen zu helfen und stehen ohne Wenn und Aber zu unseren humanitären Pflichten. Gemeinsam müssen wir jedoch mit der EU, Bund und Land nach neuen Wegen suchen, wie wir innerhalb Europas eine gerechte Flüchtlingsverteilung zustande bekommen. Ende dieses Jahres läuft der vom Land, vom Landkreis und von der Stadt Ellwangen geschlossene Vertrag zum Betrieb der LEA Ellwangen aus. Fast 8 Jahre hat bis dahin die Stadt Ellwangen die sehr wichtige humanitäre Aufgabe übernommen, für eine LEA da zu sein. Für das Land, den Kreis und die geflüchteten Menschen ist es ein Glücksfall. Die anderen Städte und Gemeinden im Ostalbkreis profitieren durch das LEA-Privileg. Aus der Bürgerschaft sowie den umliegenden Gemeinden waren Hunderte von Menschen über Jahre hinweg bereit zu großzügigen Spenden, vielfältigem ehrenamtlichen Engagement, Weltoffenheit, Toleranz und großer Hilfsbereitschaft gegenüber den in der LEA betreuten Menschen. Der SPD-Kreistagsfraktion ist es sehr wichtig, allen Menschen, die in der Flüchtlingsarbeit und in der LEA arbeiten, für ihre besondere Arbeit ganz herzlich zu danken.

Auch die Tatsache, dass es der Landesregierung trotz intensiver Suche (wie sie bezeugt) bisher nicht gelungen ist, für die LEA Ellwangen eine Standortalternative zu finden, zeigt die Leistungen Ellwangens und seiner Bürger*innen und der Bürger*innen weit über Ellwangen hinaus in einem noch helleren Licht. Ellwangen hat in diesen acht Jahren LEA eine besondere humanitäre und soziale Leistung vollbracht.

Letztes Jahr hat meine Fraktion darum gebeten, den auf unseren Antrag eingeführten Integrationspreis, wieder auszuloben.

Deshalb stellen wir den Antrag: Für das herausragende ehrenamtliche humanitäre Engagement von Hunderten von verantwortungsbewussten, hilfsbereiten und ehrenamtlich tätigen Menschen in Ellwangen und Umgebung wird ihnen der Integrationspreis des Ostalbkreises verliehen.

Sollten sich die Mandatsträger der Stadt Ellwangen für eine nochmalige Verlängerung der Laufzeit der LEA aussprechen, würden wir dies unterstützend und positiv begleiten. Zur Konkretisierung dieser Unterstützung regen wir einen regelmäßigen runden Tisch zwischen Vertretern des Kreistages und des Ellwanger Gemeinderates sowie der Kreisverwaltung, der Landesregierung und der Stadtverwaltung Ellwangen an.

Höhe der Kreisumlage

Sicherheit, Verlässlichkeit und gegenseitiges Vertrauen sind bei der Festsetzung der Kreisumlage wichtig. Eine Anhebung von 1,25 Prozentpunkte sind von der Verwaltung für 2023 vorgeschlagen. Begonnene Projekte werden weitergeführt, neue Investitionen in Bau- und Infrastruktur sind geplant. Stillstand kann sich niemand leisten, wir müssen die vielen Herausforderungen vor denen wir stehen angehen. Allein das vor einigen Wochen eingebrachte Gesamtpaket „Fit für die Zukunft“ mit welchem die eigene Transformations- und Innovationsoffensive zielgerichtet und schlagkräftig vorangebracht werden kann, verschlingt in den nächsten 5 Jahren rund 12 Mio. Euro. Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass dieses Jahr die Kreisumlage nicht wie in den Vorjahren gesenkt werden kann, sondern eine Erhöhung von 1,25 Prozentpunkten gerechtfertigt ist. Sicher wird in den anstehenden Ausschusssitzungen dieses Thema nochmals diskutiert werden.

Dank

Lassen Sie mich im Namen meiner Fraktion Danke sagen für die kompetente Arbeit und das gute und faire Miteinander, geprägt von gegenseitigem Vertrauen und Respekt. Namentlich möchten wir Ihnen danken, Herr Landrat Dr. Bläse. In diesen Dank schließen wir natürlich auch unseren Kämmerer Herrn Kurz mit seinem Team ein sowie die ganze „Verwaltungsbank“ und alle Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung.

Ein Dankeschön geht an alle Mitglieder des Kreistags für die offene und kollegiale Zusammenarbeit. Wir freuen uns auf konstruktive und spannende Debatten und Diskussionen bei den anstehenden Haushaltsberatungen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.